

Gehörlos in der Habsburgermonarchie. Schulalltag und Lebenswege in Linz 1812 - 1869

Lisa Maria Hofer

Beitrag zum Projekt „Die Geschichte gehörloser und schwerhöriger Menschen im deutschsprachigen Raum vom 19. Jahrhundert bis heute“

Gehörlose Menschen werden in Österreich diskriminiert. Sie haben nicht den gleichen Zugang zu Bildung oder dem Arbeitsmarkt. Diese Probleme sind nicht erst in den letzten Jahren entstanden, sondern haben viel mit dem Bildungssystem und seiner Geschichte zu tun.

Im vorgestellten Beitrag wird am Beispiel des Linzer Taubstummeninstitut zwischen 1812 und 1869 untersucht, wie Schulen das Phänomen von Behinderung bzw. Gehörlosigkeit konstruiert haben. Der Begriff „Konstruieren“ bezieht sich dabei auf die Tatsache, dass die Schule Gehörlosigkeit offenbar automatisch als Hilfsbedürftigkeit wahrnahm. Die so erfolgte Konstruktion einer Hilfsbedürftigkeit äußerte sich auch darin, dass Lehrer bei vielen Schülern und Schülerinnen eine Lernstörung feststellten. Um das zu analysieren, nutze ich vier Konzepte: *Deafness* beschreibt den Hörverlust, während *dis/ability* eine zusätzlich von der Schule festgestellte Lernstörung benennt. Unter *class* werden alle sozialen Beziehungen, berufliche Tätigkeiten der Eltern aber auch die finanziellen Möglichkeiten zusammengefasst. *Gender* schließlich umfasst die Zuschreibung zum weiblichen oder männlichen Geschlecht.

Nun aber zum konkreten Fallbeispiel in Linz (Oberösterreich): Das Schulwesen zwischen 1812 und 1869 dachte die Bedürfnisse im Lernen von Kindern ohne Gehör in Österreich nicht mit. Als Lösung wurden eigene Schulen, oft durch die katholische Kirche, gegründet. Die Bewertung in der Schule war nicht transparent. Das bedeutet, man kennt heute die Kriterien nicht, nach denen beurteilt wird. So wurden 237 der 953 Schüler*innen zwischen 1812 und 1869 mit dem Label „blödsinnig“ versehen und durften die Schule nicht beenden.

Die Bewertungsprozesse in der Schule waren von einer doppelten Hierarchie geprägt. Die Lehrkräfte beurteilten die Schüler*innen aus einer Machtposition und entschieden, was sie lernen sollten. Die Prozesse, die hier wirksam wurden, nennt man Rosenthal-Effekt. Das bedeutet, dass

Lehrkräfte eine bestimmte Vorerwartung an eine Lerngruppe stellen. Diese Vorerwartung hängt oft mit der sozialen Herkunft zusammen bzw. mit dem Geschlecht.

120 von 953 Schüler*innen arbeiteten nach Schulabschluss in Berufen. Sofern Handwerke wie Weber, Sporenmacher, Schneider, Schuster erlernt wurden, waren meist schon die Väter in diesen Sektoren tätig. Mädchen hatten damals wesentlich weniger Chancen. Wenn sie Berufe ergriffen, dann als Näherinnen oder als Dienstmädchen auf einem Bauernhof. In der Auswahl von Berufen bestand also ein klarer Gendergap.

Aus diesem Beispiel aus der Vergangenheit lässt sich eine Schulkritik ableiten, die für die Deaf Community heute aufzeigt, wie diskriminierende Strukturen entstanden sind und an welchen Stellen die Bildungspolitik ansetzen muss, um sie zu überwinden.